

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!
(Karl Liebknecht)

DER SPARTAKIST

ORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS
(Sektion der Vierten Internationale)

Juli 1948

Nr. 34

Preis S 2,-

15. J U L I 1927
=====

blutiger Freitag der "ersten Republik", an dem die Seipel-Schober hundert Wiener Proletarier dahinmordeten -

Tag des schamlosesten Verrates der SP, die den Schutzbund unbewaffnet ließ, die Massen wehrlos den Karabinern der Schoberpolizei auslieferte -

Otto Bauer dem Mordpfaffen Seipel "die Hand über Gräber" reichte -

der ihm im Namen der sieges-trunkenen Bourgeoisie zurief:

"K e i n e M i l d e"

15. Juli 1927

N i e m a l s v e r g e s s e n!
=====

"Seine Märtyrer sind eingeschreint in dem großen Herzen der Arbeiterklasse"

=====

INHALT: Was bedeutet der Bruch mit Tito?
Gegen den "zweiten Markt" -- für die Arbeiterkontrolle!

=====

WAS BEDEUTET DER BRUCH MIT TITO ?

=====

Über Nacht förmlich ist Tito in Moskau in Ungnade gefallen. Gestern noch Held des Tages, von den Stalinparteien in allen Tonarten gefeiert, hat der Bukarester Kominformbeschuß Tito zum Verräter und Feind Rußlands erklärt und mit ihm gebrochen, nicht ohne die jugoslawischen Stalinisten aufzufordern, ihn und seine Clique zu verjagen. Was bedeutet dieser Schritt des Kreml, dessen Instrument die Kominform ist, was bedeutet er gerade im jetzigen Zeitpunkt, wo die außenpolitische Situation angespannt genug ist, wo er tatsächlich wie eine Bombe gewirkt hat? Welche tieferen Wurzeln hat dieser Konflikt? Welche Folgerungen ergeben sich aus ihm, welche Perspektiven eröffnet er? Alle diese Fragen müssen klar beantwortet werden, wenn wir die kommenden Ereignisse verstehen wollen.

1. Die jugoslawische "Volksdemokratie"

In den Augen der Stalinisten war Jugoslawien bis vor kurzem die "entwickeltste Volksdemokratie". Das konnte jeder noch vor wenigen Wochen in jedem stalinistischen Organ lesen. Und tatsächlich war es Jugoslawien, das als erstes die "Volksdemokratie" aufrichtete und sie am weitesten entwickelte. Tito, der Führer der Partisanenarmeen, konnte sich bei der Errichtung der "Volksdemokratie" auf eine breite Massengefolgschaft stützen. Der jahrelange Kampf gegen den deutschen Imperialismus und die mit ihm verbündeten reaktionären Tschetniki schuf eine Auslese, die heute eine Tito voll ergebene Garde abgibt, ihm heute noch das Vertrauen eines Teils der Massen sichert.

Auf ökonomischem Gebiet hatte Jugoslawien 1946 bereits an 82% der Industrie verstaatlicht. Aber natürlich hat damit Jugoslawien nicht aufgehört, ein kapitalistisches Land zu sein, was selbst die stalinistischen "Theoretiker" nicht bestreiten können. "In der Volksdemokratie gibt es also noch kapitalistische Ausbeutung und Klassengegensätze", schreibt z.B. O.Langbein in "Weg und Ziel" Nr. 11 (Nov. 1946). Die jugoslawische Bourgeoisie, der Rest, der von ihr nach Krieg und Bürgerkrieg verblieben ist, hat auf viele wichtige Positionen verzichten müssen; vor allem hat das Monopolkapital, das in Ländern wie Jugoslawien schwach und ausländischer Herkunft war, tüchtig Federn lassen müssen. Aber die Verstaatlichung hat der verbliebenen Bourgeoisie dennoch genügend Positionen gelassen, die sie besetzt hält. Der Großgrundbesitz wurde aufgeteilt, nachdem die meisten Großgrundbesitzer entweder durch Krieg und Bürgerkrieg vernichtet oder im Zusammenhang damit und ihren Sympathien mit dem deutschen Faschismus ins Ausland geflohen waren. Dennoch blieb die Dorfbourgeoisie erhalten und hat ihre Position behauptet. So ist im Grunde die kapitalistische Profitwirtschaft erhalten geblieben. Was sich geändert hat, sind die Formen, unter welchen sie betrieben wird: Verstaatlichung usw. Der kapitalistische Inhalt wird für die meisten Arbeiter durch diese Formen verhüllt. Aber er ist da und wird und muß sich geltend machen.

Alle diese ökonomischen Reformen wurden unter Führung der Stalinpartei vorgenommen. Gestützt auf ihre Massengefolgschaft, setzte sie nach Kriegsende die Bourgeoisie unter Druck und zwang ihr die neuen Formen auf. Die Bourgeoisie, dezimiert, von den Massen eingeschüchtert, paßte sich an und rettete so ihr Regime. Nirgends, in keinem Lande der "Volksdemokratie", wurde die Bourgeoisie durch einen revolutionären Akt der Massen gestürzt und entschädigungslos enteignet.

Überall, auch in der klassischen jugoslawischen "Volksdemokratie", ging die Bourgeoisie auf ein für den Augenblick unvermeidliches Kompromiß ein, um sich und ihr Regime, wenn auch in veränderter Form, zu retten. Helfer dabei waren überall die Stalinparteien, die Stalinbürokraten. Sie bremsten überall die Massen, ihre Aktion, brachen ihr die revolutionäre Spitze ab. Sie lenkten die Massenenergie in das Bett der "Volks"- oder "Befreiungsfront", d.h. in das Organ der Zusammenarbeit der Stalinpartei mit der verstörten und für den Augenblick gefügigen Bourgeoisie. So auch in Jugoslawien.

Die Stalinpartei, mit Tito an der Spitze, rettete die Bourgeoisie um den Preis ihrer völligen politischen Unterwerfung unter die Kontrolle und Macht der Stalinbürokratie. So schuf diese eine neue Form der verräterischen Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, die "volksdemokratische". Sie sichert der Bourgeoisie ihr Regime um den Preis, daß sie sich politisch der Stalinbürokratie unterwirft und außenpolitisch einen dem Kreml genehmen Kurs mitmacht. Tito schaffte die bürgerlichen Parteien ab, ließ aber ihre Spitzen, also die bewußtesten kapitalistischen Köpfe, bestehen, indem er sie in die Leitung der "Volksfront" aufnahm. Die Massen bilden die Basis der "Volksfront", wobei die Stalinpartei das Monopol der Führung besitzt. Dieser Apparat, den sich die Stalinpartei schuf, dient ihr zu zwei Zwecken: einmal zur vollständigen Kontrolle über die Massen, über jede ihrer Regungen; zweitens aber, um jederzeit vermittels der Massen in der "Volksfront" einen Druck auf die Bourgeoisie auszuüben, wenn diese Lust zum Aufmucken bekommt.

Diesen Mechanismus ergänzt, oder vielmehr stützt die Stalinbürokratie noch durch den ihrer Kontrolle unterworfenen Staatsapparat. Der alte kapitalistische Staatsapparat war nach Krieg und Bürgerkrieg ziemlich hergenommen. Dennoch war er klassenmäßig kapitalistischer Staatsapparat.

Tito ließ diesen kapitalistischen Rumpfapparat bestehen. Er ergänzte ihn - durch seine Gardisten, durch stalinistische Elemente, aber auch durch ausgesprochen kapitalistische Elemente, die sich im Krieg und Bürgerkrieg "bewährt" hatten. Der kapitalistische Staatsapparat blieb so unzerstört erhalten, ja, er wurde noch aufgefrischt. Lediglich die Leitung der entscheidenden Positionen, wie politische Polizei usw., sicherte sich die Stalinbürokratie.

So benützte auch Tito, die jugoslawische Stalinbürokratie die "Befreiung", um einerseits das bürgerliche Regime zu retten, dabei sich die politische Kontrolle über die Bourgeoisie sichernd, andererseits aber dieses Regime gegen etwaige revolutionäre Regungen der Massen durch die Beherrschung des bürgerlichen Staatsapparates zu schützen. Dieses Regime stellen die Stalinparteien den Massen als den "Weg zum Sozialismus" hin! In Wahrheit ist es ein bürgerliches Regime unter Kontrolle der Stalinbürokratie, Polizeidiktatur über die Massen, die nach wie vor der kapitalistischen Ausbeutung unterworfen bleiben und keine Möglichkeit haben, sich organisiert gegen sie zu wehren, denen im Gegenteil die Stalinisten als Agenten der Bourgeoisie entgegentreten.

Jugoslawien ist die entwickeltste "Volksdemokratie" aus dem Grund weil hier die Bourgeoisie relativ am schwächsten war und den Ansprüchen der Stalinbürokratie nicht jenen Widerstand entgegensetzen konnte, wie z.B. die tschechische Bourgeoisie. Aber die jugoslawische "Volksdemokratie" ist deshalb nicht weniger ein bürgerliches Regime unter stalinistischer Führung, wie dies in Polen, Bulgarien, Tschechoslowakei usw. der Fall ist.

Da nun die "Volksdemokratien" im Grunde bürgerliche Regimes sind, Regimes, die die ökonomische Basis der Bourgeoisie, ihre Profitwirtschaft nur der Form, nicht aber dem Inhalt nach verändert haben (was nur die proletarische Revolution vermag), so muß sich diese ihre bürgerliche Klassennatur äußern, d.h. die Bourgeoisie wird sich un-

vermeidlich ihre verlorengegangenen politischen Positionen zurückzuerobern trachten. Sie wird dies umso eher können, wenn sie ökonomisch erstarkt und sich das Kräfteverhältnis im Weltmaßstab zugunsten des Weltkapitalismus verschiebt. Dieser Tendenz der Bourgeoisie setzt die Stalinbürokratie polizeilichen Druck, Repressalien, Säuberungen und schließlich Prozesse entgegen. Genügen diese Mittel nicht, dann greift sie zu einer Mobilisation der "Volksfront", die natürlich nur soweit geht, als es die Stalinbürokratie erlaubt, zulässt, als es ihren Interessen erträglich ist. Andererseits muß aber der bürgerliche Charakter des Regimes, die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeutung den nie verschwundenen, nur zeitweilig übertünchten Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat immer wieder hervortreten lassen. Der steigenden Massenopposition setzt die Stalinbürokratie den bürgerlichen Staatsapparat entgegen, Polizei und Gerichte, die die Massen niederhalten, ununterbrochen köpfen und der revolutionären Führung oder deren Ansätze berauben.

Welche dieser Tendenzen in einem gegebenen Moment die vorherrschende ist, hängt vom allgemeinen Gang des Klassenkampfes, vom Kräfteverhältnis zwischen Weltbourgeoisie und Weltproletariat ab. Feststeht jedoch, daß diese innere und äußere Dynamik vorhanden ist und sich einen Weg bahnt. So auch in Jugoslawien. Wir werden noch zu prüfen haben, wie weit sie in dem jetzt so scharf ans Tageslicht getretenen Konflikt Moskau - Tito wirksam ist.

2. Vorzeichen des heutigen Konflikts, seine Wurzeln

Das erste Vorzeichen des heutigen Konflikts zeigte sich, als vor einigen Monaten Dimitroff eine Balkanunion vorschlug. Dieser Vorschlag stammte, wie jetzt sichtbar geworden, von Tito, und wurde von der Moskauer Bürokratie schroff zurückgewiesen. Dimitroff trat sofort den Rückzug an und "bereute".

Was bedeutete Dimitroffs, auf Veranlassung Titos gemachter Vorschlag? Er bedeutete, daß sich Jugoslawien, Bulgarien, Albanien, später vielleicht auch Rumänien, zu einem Block zusammenschließen sollten, in welchem Jugoslawien zweifellos das Übergewicht gehabt hätte. Es ist heute schwer zu beurteilen, was Dimitroff damals bewogen hat, den Vorschlag Titos zu vertreten. Heute steht, nach Veröffentlichung des Programms der jugoslawischen Stalinpartei, unzweideutig fest, daß Jugoslawien, d.h. Tito, diesen Gedanken demonstrativ aufrechterhält, obwohl ihn Moskau unmißverständlich ablehnt. Ein solcher Balkanblock, mit Jugoslawien an der Spitze, würde natürlich gegenüber Rußland, d.h. der Kremlbürokratie, ein viel größeres Gewicht gehabt haben, wäre viel weniger in unmittelbarer Abhängigkeit gestanden. Was aber war und ist die eigentliche Wurzel dieses Vorschlages und wie jetzt feststeht, festen Zielen Titos? Hier müssen wir tiefer gehen. Die wirklichen Wurzeln sind ökonomischer Natur. Die "Volksdemokratien" des Balkans sind vorwiegend Agrarländer, ihre Industrie ist äußerst schwach. Was sie benötigen, sind Industrieartikel und maschinelle Ausrüstung. Gerade das aber mangelt auch Rußland. Hier kann es nicht helfen; im Gegenteil, es plündert noch aus. Das, was Rußland liefern kann, sind Rohstoffe und Agrarprodukte. Aber gerade das brauchen die Balkanländer wieder nicht. Hier ergibt sich ein Widerspruch, der zweifellos eine der Wurzeln des Konflikts darstellt. Wollen die Tito, Dimitroff & Co. keinen Moment auch ihr Regime opfern, so sind sie doch ohne auswärtige Hilfe, finanzieller und industrieller, außerstande, die ökonomische Rekonstruktion ihrer Länder zu betreiben. Eine Erleichterung dieser stellt die Herstellung einer Balkanunion dar. Zu einem Block vereinigt, würden sie einerseits eine bessere Anpassung der einzelnen "Pläne" aneinander erzielen, andererseits würden sie besser Front machen können gegen die Ausplünderung

durch Rußland, würden sie eine größere Bewegungsfreiheit erreichen bei der Erlangung finanzieller und industrieller Hilfe seitens der imperialistischen Länder. Wenn die Nachricht sich bewahrheitet, daß Jugoslawien, knapp nach dem offenen Ausbruch des Konflikts, bei der Internationalen Bank, diesem Instrument des internationalen Finanzkapitals, um eine 500 Millionen-Dollaranleihe nachgesucht hat, dann würde dies nur unsere Einschätzung der wirtschaftlichen Wurzeln des Konfliktes bestätigen. Es würde bedeuten, daß sich Jugoslawien, wenn auch in anderer Form, einen Anteil am Marshall-Programm für Europa zu verschaffen sucht - nicht aus freiem Willen, sondern unter dem Druck der Notwendigkeit +). Daß es die jugoslawische und die bulgarische Bourgeoisien sind, heute versteckt in der "Volksfront", die in der oben genannten Richtung drücken und die Tito & Co. schieben, wird nicht Wunder nehmen. Der Grundcharakter der "volksdemokratischen" Regimes ist, wie wir feststellten, bürgerlich. Die Aufrechterhaltung des bürgerlichen Eigentums macht sich geltend, bildet die Basis zur Wiedererstarkung der Bourgeoisie, die sich die ökonomischen Schwierigkeiten zunutze macht, um die Tito & Co. in die Richtung nach Erlangen von "Hilfe" bei den Imperialisten zu drängen.

Zu dieser Wurzel des Konflikts, dessen erstes Anzeichen sich beim Auftauchen des Vorschlages einer Balkanunion zeigte, kommt noch eine zweite. Tito hat den Nationalismus der großserbischen Bourgeoisie übernommen, mit deren Resten er in der "Nationalen Front" zusammenarbeitet. Sein Regime ist nur eine modifizierte Fortsetzung des alten Belgrader Unterdrückungsregimes gegenüber Kroaten, Moslems, Albanern usw. Diesem großserbischen Nationalismus und Unterdrückungsregime, dem er das Mäntelchen der "Föderativen Volksrepublik" umgehängt hat, sucht Tito einige fette Bissen zu sichern: Triest, Klagenfurt, Mazedonien usw. Es ist sicher, daß dieser großserbische Nationalismus der Kremldiplomatie in ihrer internationalen Politik im Wege stand und steht: sie sieht Triest usw. nur als Schacherobjekt in ihrem diplomatischen Spiel mit den Imperialisten an. Kann sie von diesen dafür Konzessionen, die für die Kremlobükratie wichtiger sind, erhalten, dann läßt sie sie fahren, fordert dabei natürlich dasselbe von ihren Satelliten. Und hier scheint der Kreml tatsächlich auf den hartnäckigen Widerstand Titos gestoßen zu sein, dessen Haltung nur den großserbischen Nationalismus widerspiegelt. Deshalb die entschiedene Ablehnung des Dimitroff'schen Vorschlages vor einigen Monaten. Eine Balkanunion würde die Position Titos nur gestärkt haben und ihn noch weniger geneigt gemacht haben, auf Triest usw. zu verzichten, um dem diplomatischen Spiel des Kreml nicht im Wege zu stehen.

Wir sehen also, daß bereits das erste Anzeichen des heute so scharf hervorgebrochenen Konfliktes, der Dimitroff'sche Versuchsballon einer Balkanunion, im Hintergrund von Tito gesteuert, die Wurzeln enthüllte, die dem heutigen Bruch zugrunde liegen. Was aber hat die Stalinbürokratie veranlaßt, heute, in einem Moment, wo sie sich außenpolitisch in einer äußerst angespannten Lage befindet, den Konflikt mit Tito auf die Spitze zu treiben und vor aller Welt mit ihm zu brechen, ihn zum Feind und Verräter zu stempeln?

3. Der heutige Bruch mit Tito

Diese Frage kann man nur damit beantworten: Weil sich die Kremlobükratie endgültig davon überzeugt hat, daß sie Tito von seinem Standpunkt hinsichtlich der Balkanunion, nicht abbringen konnte. Nur

+) Erinnern wir uns, wie die tschechische Bourgeoisie nur unter dem Druck des Kreml eine Schwenkung um 180 Grad in der Frage der Teilnahme am Marshall-"Plan" vornahm.

diese Erkenntnis kann die Moskauer Bürokratie dazu veranlaßt haben, in einem Momente, wie dem heutigen, und in einer solch schroffen Form mit Tito zu brechen. Moskau hat diesen Bruch nur unter dem Druck der zwingenden Notwendigkeit vollzogen. Es hätte sicher noch zugewartet, hinausgezögert, wenn es andere Lösungsversuche gesehen hätte, unter anderem die Beseitigung Titos auf kaltem Wege. Aber es scheint, daß alle diese Spekulationen fehlschlagen, was die heutige Lage nach dem Bruch, die feste Position Titos, bestätigt. Worin die un-nachgiebige Haltung Titos wurzelt, haben wir oben darzulegen versucht: auch er kann nicht anders, er handelt unter dem Druck zwingender ökonomischer Umstände.

Die Kremlbürokratie mußte also, um Tito zu einer endgültigen Entscheidung zu zwingen, wenn er einer solchen noch zugänglich war oder ist, zum schärfsten Mittel greifen: zum offenen Bruch. Sie tat dies über die Kominform, ihrem Instrument. Wie wenig aber Tito zurück kann und will, das zeigt die demonstrative Veröffentlichung des Programms der jugoslawischen Stalinpartei kurz nach dem Bruche. In diesem Programm hält Tito an der Schaffung einer Balkanunion trotz Moskau fest. Gleichzeitig eröffnet er die Offensive gegen Dimitroff, der auf den Standpunkt Moskaus übergegangen ist. Den Bannfluch der Kominform hat Tito übrigens in einer Weise erwidert, die die ganze Tiefe des Bruches zeigt und die Kluft nur noch zu erweitern imstande ist. Sein Appell an Stalin kann nur als Versuch gewertet werden, innerhalb der russischen Stalinpartei Differenzen hervorzurufen oder zu fördern. Daß er wenig Aussicht hat, erhört zu werden, kann nach der ganzen Lage als sicher angenommen werden. So muß heute der Bruch als eine feststehende und bleibende Tatsache angesehen werden. Bevor wir seine weiteren Folgen einschätzen, wollen wir, so widerwärtig dies ist, den Beschluß der Kominform näher ansehen.

4. Der Beschluß der Kominform

a) Titos Nationalismus

Es ist schwer, ein Dokument zu finden, das den Bukarester Beschluß der Kominform an Heuchelei und grotesker Komik zu überbieten imstande ist. Der lange Beschluß enthält, angefangen vom Trotzismus und Bürokratismus, Abenteuerertum, Größenwahn, Überheblichkeit, Antisowjetismus bis zum Nationalismus und Verrat an der internationalen Solidarität so ziemlich alles, was die Kremlbürokratie und ihre Kominformagenten nur aufstöbern konnten, um es Tito unter die Nase zu reiben.

Als Wurzel der Fehler Titos wird der Nationalismus erklärt: offen nationalistische Elemente hätten die Oberhand gewonnen, Elemente, die schon früher maskiert in der Leitung der jugoslawischen Partei vorhanden waren. Sie gingen darauf aus, durch Konzessionen an die imperialistischen Länder deren Sympathien zu erwerben, hätten eine Orientierung auf den Kapitalismus eingeschlagen usw. Zweifellos: der nationalistische Kurs Titos ist vorhanden. Aber erst seit heute? Die Kremlbürokratie, die überall, in allen Ländern einen nationalistischen Kurs eingeschlagen hat, die selbst ihren großrussischen Nationalismus überall voranstellt, hat den Nationalismus Titos erst entdeckt, als er ihren eigenen außenpolitischen Interessen im Wege stand! Ihrem eigenen russischen Nationalismus steht der großserbische Titos im Wege - deshalb der Bruch! Erinnern wir uns nur kurz: die französische Stalinpartei fordert Saar- und Ruhrgebiet, Seite an Seite mit de Gaulle, für die Sicherheit Frankreichs", d.h. der französischen Bourgeoisie. Die italienische Stalinpartei forderte Südtirol, um der italienischen Bourgeoisie gefällig zu sein. Die österreichische Sta-

linpartei wieder "forderte" Südtirol und Berchtesgaden für "Österreich", d.h. für die österreichische Bourgeoisie. Schließlich hat dieselbe Kominform, die heute Titos Nationalismus anprangert, im Herbst 1947 den Marshall-"Plan" abgelehnt - im Namen der "nationalen Souveränität"! Kann es eine infamere Heuchelei geben? Der großrussische Nationalismus der Kremlbürokratie, ausgehend von ihrer "Theorie" des "Sozialismus in einem Lande", hat selbst alle die Verbrechen auf dem Gewissen, die er heute Tito vorwirft. Ihr Bruch mit dem Programm der proletarischen Revolution, mit dem proletarischen Internationalismus war zugleich der unvermeidliche Übergang auf die Linie des Nationalismus, mit dessen Gift die Stalinparteien seither überall die Gehirne der Arbeiter vergiften. Selbst die alten zaristischen Generale holte Stalin aus den Gräften, um die nationalrussische Tradition zu beleben! Der Nationalismus der Kremlbürokratie ist um kein Haar besser, als der Titos. Freilich wurzelt dessen Nationalismus solider: sein Regime basiert auf bürgerlichen Produktionsverhältnissen, er arbeitet mit der nationalen Bourgeoisie in der "Volksfront" zusammen.

Und hier gibt uns der Kominformbeschluß einige Hinweise, die das oben über die Wurzeln des erstarkenden Nationalismus Titos Gesagte nur unterstreichen.

Der Kominformbeschluß stellt fest, daß die kapitalistischen Elemente in Jugoslawien wachsen, daß sich im Zusammenhang damit der Klassenkampf im Dorfe verschärft. Er stellt weiter fest, daß der Boden nicht nationalisiert ist, daß das Privateigentum am Boden existiert mit Kauf und Verkauf des Bodens, daß sich bedeutende Ländereien im Besitz der Großbauern, der Dorfbourgeoisie, befinden. Was aber heißt das alles? Das alles heißt Erhaltung der Agrarbourgeoisie, heißt ihr Erstarken, das sich politisch äußern muß und äußert, heute durch die Kanäle der "Volksfront", wo die Kulaken zusammen mit der in der verstaatlichten Industrie sitzenden städtischen Bourgeoisie vereinigt sind. Die Widerspiegelung dieses Erstarkens der Bourgeoisie ist eben Titos Nationalismus, an dem Moskau nur eines auszusetzen hat: daß er sich den Bedürfnissen der Außenpolitik des Kreml nicht mehr reibungslos unterwirft! Der Kominformbeschluß weist also, natürlich weit entfernt, daraus revolutionäre Konsequenzen zu ziehen, auf die eigentliche Wurzel von Titos Abschwenken selbst hin.

b) Titos "Trotzkismus"

Gleich eingangs wirft die Kominform Tito und den Seinen - Trotzkismus vor. Damit hat sie den tausendmal totgesagten Trotzkismus wieder hervorgeholt. Der Beschluß führt an, daß sich die jugoslawische Stalinpartei solcher Argumente aus dem Arsenal des Trotzkismus bediene, wie Degeneration der Sowjetunion und der russischen Partei. Für diese Anführung muß man den Kominformbürokraten dankbar sein: auch sie tragen dazu bei, den Trotzkismus zu verbreiten. Mögen sie noch so fälschen, verdrehen, verleunden: sie wecken dadurch nur das Interesse der ernstesten Arbeiter, vor allem der kommunistischen, die die Stalinsche Besatzungspolitik allein schon zum kritischen Denken treibt. Die Wahrheit über den Trotzkismus wird sich Bahn brechen! Ohne es zu wollen, mit wutschäumender Fratze, tragen auch die verrottesten Bürokraten dazu bei.

Degeneration der Sowjetunion und der russischen Partei - im Munde Titos! Grotteskes Schauspiel: der gelehrige Schüler der degenerierten Moskauer Bürokratie, die das russische Proletariat seiner Räte-demokratie beraubt hat, es politisch unterdrückt, jede seiner Regungen niederhält, die bewußten proletarischen Revolutionäre blutig verfolgt und hinmordet - Tito, der gelehrige Schüler eben dieser Bürokratie, selbst entartet, wirft seinen Lehrmeistern Degeneration, Ent-

artung vor! Hat Tito von Degeneration, Entartung der Sowjetunion, der russischen Partei wirklich gesprochen - dann hat er tausendmal recht. Aber es fragt sich, was er damit meint und welche Schlüsse er daraus zieht!

Wenn die Trotzlisten von Degeneration der Sowjetunion, der ehemaligen Leninschen Partei sprechen, so bezeichnen sie damit die historische Tatsache, daß sich seit mehr als zwanzig Jahren an die Stelle des Proletariats, seiner Macht, der Macht der Räte der Arbeiter und armen Bauern die Stalinbürokratie gesetzt hat, die sich ungeheure Privilegien sichert, ein bürgerliches Leben führt, sich mit den privilegierten Schichten der russischen Gesellschaft verbündet und ihrer gehobenen, privilegierten Stellung zuliebe den internationalen Kurs geopfert hat. Sie hat an die Stelle der Leninschen Politik der internationalen proletarischen Revolution, des proletarischen Internationalismus ihren Kurs auf die Errichtung des "Sozialismus in einem Lande" gesetzt, also eine national-beschränkte Perspektive. Die Trotzlisten sprechen von der bürokratischen Entartung, Degeneration der Sowjetunion, der ehemals Leninschen Partei, die längst einen Grad erreicht hat, daß sie eine ungeheure Gefahr für Sowjetrußland geworden ist, ganz zu schweigen davon, daß die stalinistische Politik seit mehr als zwanzig Jahren dem Weltproletariat Niederlage auf Niederlage bescherte und es überall daran hindert, die Revolution zu vollziehen.

Das bedeuten die Ausdrücke Degeneration der Sowjetunion, der ehemals Leninschen Partei im Munde der Trotzlisten. Was hat Tito damit zu schaffen? Nichts, gar nichts. Er selbst hat die Politik und Methoden der Stalinbürokratie überall mitgemacht, wie in Spanien, er selbst hat sie in Jugoslawien betrieben und betreibt sie weiter. Er hat gar nichts mit dem proletarischen Internationalismus zu tun, mit dem unversöhnlichen Kampf für die proletarische Revolution, mit dem furchtlosen Kampf gegen die bürokratische Diktatur in Rußland, für den Sturz der Stalinbürokratie durch das russische Proletariat, für die Wiederherstellung der Rätedemokratie. Tito selbst ist ein degenerierter Bürokrat, das zeigen alle seine Handlungen, zeigt seine Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie. Wenn er also tatsächlich von einer Degeneration der Sowjetunion, der russischen Partei gesprochen hat, wie der Kominformbeschuß behauptet, dann hat er sich eines Taschenspielertricks bedient, eines Tricks allerdings, der für ihn selbst nicht ungefährlich ist.

Mit dem Trotzlistismus hat also Tito gar nichts zu tun. Es ist durchaus möglich, daß er, um sich gegen die Ausplünderung Jugoslawiens durch den Kroml zu wehren und um die gegen diese Ausplünderung bestehende Massenstimmung für sich zu nutzen, sich des Ausdruckes Degeneration bedient hat. Aber er hat bei ihm eine ganz andere Bedeutung: er denkt nicht im mindesten daran, seine eigene bürokratische Diktatur über die Massen aufzugeben, das Polizeiregime über sie zu liquidieren, die jugoslawische Bourgeoisie durch die Entfaltung der revolutionären Energie der Massen zu stürzen, die freie jugoslawische Republik der Arbeiter und armen Bauern aufzurichten, die sich auf die frei gewählten Arbeiter- und Kleinbauernräte stützt. An das alles denkt Tito nicht: er ist nach wie vor Fleisch vom Fleische der Stalinbürokratie. Er bedient sich des Ausdruckes Degeneration rein demagogisch, um seine eigene verräterische Grundeinstellung zu verbergen. Aber auch in dieser Hinsicht ist der Fall Tito lehrreich: es ist sicher, daß morgen oder übermorgen eine bürokratische oder halb-bürokratische Opposition in Rußland selbst auftreten wird mit der vom Trotzlistismus erborgten These von der Degeneration - der ändern! Die geschichtliche Dialektik setzt sich durch: die einzelnen Fraktionen der Bürokratie werden sich gegenseitig der Degeneration beschuldigen und sich bekämpfen, - bis die Massen, geführt vom Trotzlistismus, sie allesamt verjagen, den Boden Rußlands vom bürokratischen Unrat restlos säubern, die Rätedemokratie wiederherstellen werden!

c) Titos "Negation der führenden Rolle der Partei"

Die weiteren Vorwürfe der Kominform an die Adresse Titos sind nicht weniger heuchlerisch und grotesk. Der jugoslawischen Stalinpartei wird vorgeworfen, die führende Rolle der Partei negiert zu haben und in der Volksfront aufgegangen zu sein. Sie habe auf ein eigenes Programm verzichtet usw. Frage: Sind nicht seit 1934 alle Stalinparteien dazu übergegangen, ihr eigenes Programm zu verbergen und sich hinter der "Volksfront" zu verstecken? Wer spricht seither dauernd von "Volksinteressen", von "Interessen der Nation" - "des Landes" usw. und schweigt dauernd von den proletarischen Interessen? Wer anders als die Stalinparteien.

Weitere Frage: Wer tarnt sich seit Jahren als "Demokraten", "Antifaschisten", wer hat die "demokratischen" Frauenorganisationen geschaffen, die verschiedenen demokratischen Weltbünde der Jugend, Studenten, Frauen usw., wo alle Welt weiß, daß hinter allen diesen Maskierungen die Stalinisten stecken? Wer negiert so andauernd die führende Rolle der Partei? Niemand anderer als die Stalinparteien selbst. Tito macht nur, was seit langem zur Linie erklärt worden ist und zwar - von Moskau! Die ganze verräterische Linie der "Volksfront" ist in Wahrheit Negation der führenden Rolle der Partei: denn sie bedeutet im Grunde Unterordnung der proletarischen Interessen unter die Interessen der Bourgeoisie, ihres "linken" Flügels. Und die "Volksfront"linie stammt aus - Moskau, von den Stalin & Co.! Es ist also der Gipfel der Heuchelei, Tito für das verantwortlich zu machen, was er von seinen Meistern übernommen hat. Die wahren Schuldigen sitzen im Kreml - aber sie stehen außerhalb jeder Kritik!

d) Titos Bürokratismus

Genau so steht es mit dem Vorwurf des Bürokratismus. Ausgerechnet die Kominform stellt fest, daß Tito & Co. in der jugoslawischen Partei ein bürokratisches Regime errichtet habe! Ein schlechter Witz. Die jugoslawische Partei ist so wie alle Stalinparteien nur Ebenbild der russischen Stalinpartei: längst wurde in allen Stalinparteien das Regime des demokratischen Zentralismus, das Regime der revolutionären Partei ersetzt durch das Regime des bürokratischen Terrors. Und zu allererst in der russischen Partei, die vor zwanzig Jahren unter Führung Stalins daranging, die proletarische Linksopposition mit Gewalt zu unterdrücken, aus der Partei zu entfernen und so die Leninsche Partei zu zerstören begann. Seither verfolgt die Stalinbürokratie jede Kritik an der Linie, an der Stalinpolitik mit Feuer und Schwert, schickt die Kritiker nach Sibirien zur Zwangsarbeit, schreckt selbst vor dem Hinmorden der proletarischen Revolutionäre nicht zurück. Und diese wahren Liquidatoren der Leninschen Partei, die sich der GPU als Mordinstrument gegen die proletarischen Revolutionäre bedienen, wagen vom Liquidatorentum der Tito & Co. zu sprechen! Sie wagen, von den grundlegenden Rechten der Parteimitglieder zu sprechen! Wie sind die Stalin & Co. mit diesen Rechten umgegangen und wie gehen sie heute noch um? Wer hat die Mitglieder gefragt, als 1943 über Nacht die Komintern aufgelöst wurde? Wer hat die Mitglieder gefragt, als im Vorjahr über Nacht die Kominform aus dem Boden schoß. Wer hat jetzt, in der Angelegenheit Tito, die Mitglieder der Parteien befragt, die Angelegenheit zur offenen Diskussion gestellt? Niemand, das alles übergehen die Kremlbürokraten, die sich jetzt plötzlich heuchlerisch der grundlegenden Rechte der Mitglieder erinnern, großzügig. Alles, was seit zwanzig Jahren von den Stalin & Co. an der Partei, an Proletariat verbrochen wurde, ging einzig von oben aus, von der bürokratischen Spitze, die natürlich niemand verantwortlich ist. Die Auflösung der Komintern, die Schaffung der

Kominform, der Ausschluß Titos, das alles waren bürokratische Akte hinter dem Rücken der Mitglieder, ohne ihre Befragung. Die Mitglieder haben einfach alles zu schlucken; wer das nicht tut, der fliegt, wenn ihm nichts Ärgeres passiert. So steht es in der Praxis mit der Demokratie in der Stalinpartei, in Rußland und überall. Tito wende gegen die Kritiker "grausame Repressalien" an! Welch ein Hohn: Tito ist nur ein Miniaturstalin, der die Methoden seines Meisters anwendet. Genau wie dieser läßt er Schauprozesse inszenieren, in welchen die "Schuldigen" alles gestehen und programmgemäß erschossen werden. Genau wie Stalin hat er seine KZ's, in welche er die proletarischen Revolutionäre wirft, so wie sie Stalin nach Sibirien deportiert. Abgefäimte Schurkerei ist es also, was Tito verbricht. Aber er ist nur ein Miniaturschurke gegenüber seinen Vorbildern im Kreml!

Bei der Frage der Bürokratisierung der Partei, die der Kominformbeschuß heuchlerisch aufwirft, begeht er eine Fälschung ohnegleichen. Er spricht von Trotzki und dessen angeblichen Versuch, ein militärisches Regime in der Leninschen Partei einzuführen. Worin liegt der Betrug? Trotzki trat für die militärische Disziplin in der Partei ein zu Zeiten des schärfsten Kampfes, nämlich im Bürgerkrieg. "Um die Arbeiterklasse mit Erfolg in dem ausgebrochenen langwierigen und harten Bürgerkrieg zu führen, muß die Kommunistische Partei in ihren eigenen Reihen eine eiserne, militärische Ordnung schaffen", heißt es im grundlegenden Beschluß des zweiten Kongresses der Leninschen Komintern (1920) über die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution. Diese Beschlüsse haben die Stalinbürokraten längst zum alten Eisen gelegt. Trotzki stand durchaus auf dem Boden dieses Beschlusses, als er gegen die damalige zersetzende Tätigkeit Stalins mitten im Bürgerkrieg, gegen seine Fronde die den Sieg im Bürgerkrieg in Frage stellte, eiserne militärische Disziplin forderte. Eben damals übergab Lenin einen leeren Zettel mit seiner Unterschrift Trotzki, damit er diese Blankovollmacht nütze - vor allem gegen die Clique der Stalin & Co! Trotzki war also durchaus im Recht, vorübergehend die militärische Disziplin gegen alle hindernde und zersetzende Tätigkeit zu fordern. Die Stalin & Co. verfälschen dies heute, um eines zu verdecken: daß sie, seitdem sie die Leninsche Partei zerstört, in den Reihen der Partei ein direktes Polizeiregime eingeführt haben, das eisern jede proletarische Opposition unterdrückt und überall dort, wo sie über die nötigen Machtmittel verfügen (GPU usw.), sie verfolgen, in den Kerker werfen, verbannen und selbst hinhängen! Und dieses stalinbürokratische Polizeiregime ist ein dauerndes, weil die Bürokratie im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer verräterischen Politik kein anderes Parteiregime dulden, sich erlauben kann.

e) Die "Gleichberechtigung" der einzelnen Kominformparteien

Ein ebenso grotesker wie komischer Passus des Beschlusses ist jener, der von der Gleichberechtigung der "kommunistischen" Parteien, lies Stalinparteien, handelt. Die jugoslawische Partei hätte sich, um der "gerechten Kritik" auszuweichen, die Version einer angeblich nicht gleichberechtigten Stellung der einzelnen Parteien der Kominform ausgedacht. Aber, erwidert die Kominform, "es ist allgemein(??!!) bekannt, daß jede Kominformpartei Rechenschaft geben soll und jede von ihr das Recht hat, die anderen Parteien zu kritisieren". Und die "Jugoslawen", wie der Beschluß sagt, hätten auf der ersten Tagung der Kominform ihr Recht der Kritik "sehr gründlich ausgenützt". Sehr klar also: Titos Kritik hat jetzt ihre Folgen gezeitigt: im Herbst 1947 hat er kritisiert, im Juni ist er exkommuniziert! Aber es ist noch eine Frage offen: der Beschluß verschweigt schamhaft, welche

Partei der Kominform Tito so heftig kritisiert hat. Es war die russische Stalinpartei - und die Folgen seiner Kritik eben der russischen Partei hat er jetzt zu spüren bekommen! Alles und alle Parteien der Kominform dürfen kritisiert werden - nur an der russischen Stalinpartei darf nicht kritisiert werden, sonst kracht es! So sieht also die gerühmte "Gleichberechtigung" in der Kominform aus. Du kannst Thorez, Dimitroff, Tito und die ganze Clique kritisieren, aber du darfst nicht die Stalin & Co. kritisieren. Sie sind unfehlbar, sie irren nie, sie bleiben daher immer oben, während ihr, die Titos, Dimitroffs & Co. euch zu unterwerfen habt oder - hinausfliegt. Gleichberechtigung im Kuschen - das ist die Gleichberechtigung in der Kominform für die außerrussischen Stalinparteien!

5. Was der Beschluß der Kominform wirklich ausdrückt

Wir haben im Vorhergehenden die ganze abgrundtiefe Heuchelei des Kominformbeschlusses dargelegt. Er ist zur Gänze auf der Taktik des "Haltet den Dieb" aufgebaut. Aber hinter all dem unter der Maske des "Marxismus-Leninismus" heuchlerisch Vorgebrachten schimmert der wahre Hintergrund der Kominformaktion dennoch hindurch.

Die jugoslawische Partei habe gegenüber der Sowjetunion eine feindselige Außenpolitik durchgeführt, habe sowjetische "Militärspezialisten" nicht geachtet, eine Diskreditierung der Sowjetarmee zugelassen. Sie habe die sowjetrussische Außenpolitik der Außenpolitik der imperialistischen Länder gleichgesetzt usw. Aus der Erwidderung Titos auf den Kominformbeschluß ist klar geworden, was sich hinter alledem verbirgt.

Die "Spezialisten" sind nichts anderes als die Agenten der GPU, die, wie Tito Moskau vorwirft, derangieren, unter den jugoslawischen Stalinisten direkte Agenten zu werben. Anstatt sich aber von der russischen GPU "bewachen" zu lassen, hat Tito sich herausgenommen, umgekehrt sie von seiner eigenen GPU, der OZNA bewachen zu lassen! Wozu aber die Anwerbung von Jugoslawen durch den russischen Geheimdienst? Die Kremlbürokratie braucht restlos gefügige Werkzeuge, die ihr die Garantie geben sollen, daß sich das betreffende Land jederzeit den Bedürfnissen und Interessen der russischen Außenpolitik fügt. Zu diesem Zweck steht der Moskauer Bürokratie kein anderes Mittel zur Verfügung als die GPU, da sie durch ihre schamlose Politik der Ausräuberung der besetzten Länder, die "Volksdemokratien" miteingeschlossen, durch ihre Unterdrückungspolitik jede ernste Sympathie in den Massen zerstört hat und zerstört. Den Moskauer GPU-Methoden setzte Tito seine eigenen OZNA-Methoden entgegen. Er will sich gegenüber Moskau freie Hand sichern. Im Hintergrund spielt die imperialistische Diplomatie, vor allem die amerikanische, ihr Spiel mit. Sie hat größtes Interesse daran, auf dem Balkan wenigstens eine halbsichere Position zu erlangen. Tito versucht, sein Regime nach beiden Seiten zu sichern: mit Moskau verbindet ihn sein politisches Regime, zu den Imperialisten treibt ihn die drängende wirtschaftliche Notwendigkeit, wie wir sie oben darlegten. Er hoffte, in diesem Spiel seine eigene Position zu stärken, sich gegen Moskau auf die Imperialisten, gegen diese auf Moskau zu stützen. In dieser diplomatischen Intrige auf dem Balkan, diesem alten Intrigenherd, hat jetzt der Kreml eine ernste Schlappe erlitten: er hat Tito abschreiben müssen. Wie weit es dem Kreml gelingen wird, sich eine neue Position durch Entfernung Titos aufzubauen, muß noch abgewartet werden. Vorläufig scheint es, daß Titos Stellung fest genug ist, um seinen Widerstand fortzusetzen. Seine Antwort an die Kominform war saftig genug.

Aber wie immer die Lage sich weiter entwickeln wird: ob Tito schließlich kapituliert, ob er ein Kompromiß sucht, (wobei noch abzuwarten bleibt, ob der Kreml auf ein solches eingeht), ob er das

Heft in der Hand behalten wird, (wofür vorläufig alle Anzeichen sprechen): der "kalte Krieg" um den Balkan wird weitergehen. Und ein diplomatisches Dokument in diesem "kalten Krieg" ist der Kominformbeschuß. Er hat keinerlei Bedeutung als Parteidokument: morgen wird dieselbe Kominform genau die entgegengesetzten Argumente verwenden, wenn es die außenpolitischen Interessen des Kreml erfordern. Als gefügiges Instrument der russischen Stalinbürokratie hat sie die Aufgabe, deren außenpolitische Interessen mit einem scheinmarxistisch-leninistischen Mäntelchen zu verhüllen. Wer versuchen sollte, auch nur einen Punkt des Kominformbeschlusses ernst zu nehmen, etwa die Durchführung der tatsächlichen Parteidemokratie zu verlangen, die nationalistische Politik des Kreml anzugreifen, eine tatsächlich internationalistische proletarische Politik zu verlangen, gegen den Bürokratismus und für die proletarische Demokratie in der Partei aufzutreten - der würde sich die Finger verbrennen. Er würde alle auf dem geduldigen Papier so heuchlerisch verdamnten Methoden und grausamen Repressalien erleiden, wie sie tausende Revolutionäre schon durch Stalin erlitten haben und noch erleiden.

Der Kominformbeschuß drückt also in Wahrheit nichts anderes aus als eine diplomatische Niederlage des Kreml. Internationale Solidarität heißt im Munde der Kremlbürokratie nichts anderes als absolute Unterwerfung unter ihre außenpolitischen Interessen. Die wahre internationale Solidarität des proletarischen Klassenkampfes, ausgerichtet auf die proletarische Revolution, den Sturz des Kapitalismus, die Aufrichtung der proletarischen Rätewacht in Europa, in Amerika, dieser einzigen wirklichen Rettung der Sowjetunion, alles dessen, was vom Oktober noch verblieben - diese wahrhaftige internationale Solidarität hat die Kremlbürokratie und ihre nationalen Ableger längst verraten, tritt sie ununterbrochen mit Füßen.

6. Krise der "Volksdemokratie" - Krise des Stalinismus

Die Tito-Krise hat zum erstenmal deutlich gezeigt, wohin die vielgepriesene "Volksdemokratie" der Stalinbürokratie letzten Endes grundlegend tendiert: zum Imperialismus. Sie hat zum ersten Mal diese Tendenz in einem Bruch mit Rußland Ausdruck gegeben, verhüllt als Krieg innerhalb der Kominform. Ist die Tito-Krise in dieser Weise die erste ernste Krise, so wird und kann sie nicht die letzte sein. Im kalten Kriege zwischen Imperialismus und Sowjetunion werden sich, parallel mit den Schwankungen und Verschiebungen des Kräfteverhältnisses, weitere Krisen im "Glacis" anschließen. Die inneren Widersprüche der Regimes werden und müssen unvermeidlich nach außen dringen, sich einen Ausweg suchen. Der kapitalistische Grundcharakter der "Volksdemokratien" wird sich in diesen Krisen noch deutlicher enthüllen. Die eingeschüchterte und heute noch im Hintergrund spielende Bourgeoisie der "Volksdemokratien" bereitet sich heute schon vor, die kommenden Krisen zu nützen. Es wird neue Titos geben.

Auf diese Krisen wird die Kremlbürokratie keine andere Antwort wissen als die schließliche Annexion dieser Länder, wenn dazu ihre militärische Kraft reicht. Jede Annexion wird jedoch den Gegensatz zum Weltimperialismus noch verschärfen. Aber selbst die Annexion wird nur den Charakter der Krisen verändern, nicht sie beseitigen. Indem die Kremlbürokratie den Massen dieser Länder ihre bürokratisch-militärische Diktatur aufzwingt, die freie Initiative der Massen beseitigt oder niederhält, vermag sie nicht wirklich Fuß zu fassen. Die Haltung der Massen in Jugoslawien, wo sie dem von Moskau verdamnten Tito weiter folgen, die Ereignisse in Prag lehren, daß die militärisch-bürokratische Aktion dem Kreml die letzten Massensympathien, sofern sie überhaupt noch vorhanden sind, kosten würde. Er würde einen heißen Boden betreten. Die Stalinpolitik ist, wie sich heute neuerlich

zeigt, nur imstande, die Massen in die Arme der Bourgeoisie, des Imperialismus zu treiben.

Wie für die Massen der kapitalistischen Länder, gibt es auch für die der "Volksdemokratien" nur einen einzigen Ausweg: jenen der proletarischen Revolution. Nur sie vermag die Bourgeoisie, ihre Reste endgültig zu stürzen, zu vernichten, das kapitalistische System zu beseitigen. Nur sie vermag die Macht der Arbeiter und armen Bauern aufzurichten, getragen von deren Räten. Nur sie vermag diesen wirklichen Organen der revolutionären Macht die tatsächliche Leitung und Kontrolle der Produktion in die Hand zu geben und so die neue Gesellschaft befähigen, die Bahn zum Sozialismus einzuschlagen. Ein Europa der freien sozialistischen Räterepubliken muß erstehen, um die Massen endlich aus der kapitalistischen Sklaverei herauszuführen, auch aus der maskierten Sklaverei der "Volksdemokratien". Nur so wird der Weltimperialismus wirklich geschwächt und außerstande sein, die letzten Reste des Oktobers in der Sowjetunion zu zerstören.

Die heutige Tito-Krise weist den Massen nur neuerlich diesen Weg. Auch die Titos & Co. müssen fallen: nicht durch die wiedererstarkenden Bourgeoisien, sondern durch die proletarische Revolution. Ihre Politik ist die einzige Rettung. Nur die Internationalen Kommunisten verfolgen diese Politik, einzig die IV. Internationale weist den Massen diesen Weg.

Die Krise der "Volksdemokratie" ist aber zugleich die Krise des Stalinismus, der Stalinbürokratie. Die Herren des Kreml begreifen für den Augenblick vielleicht gar nicht, daß ihr Schlag gegen Tito in Wahrheit der stärkste Schlag gegen sie selbst war. Sie selbst haben enthüllt, was sie, ihre vielgerühmten "Volksdemokratien" wirklich sind. Was die Internationalen Kommunisten immer gesagt haben, daß Stalins verräterischer Übergang auf die Linie der "Volksfront", der Zusammenarbeit mit den einzelnen Bourgeoisien, unvermeidlich die nationale Zerspaltung der Stalinparteien zur Folge haben wird, ist mit der Tito-Krise ganz scharf hervorgetreten. Die schleichende Krise ist ^{zur} ~~offen~~ geworden. Wir haben oben gezeigt, wie sich die einzelnen Stalinparteien bei der Vertretung der nationalen Interessen der einzelnen Bourgeoisien schon in die Haare geraten. Die Tito-Krise zeigt, wie weit diese nationale Zersetzung der Stalinparteien schon gediehen ist. In allen Stalinparteien wird, trotz der heutigen "einstimmigen" Verurteilung Titos durch die verschiedenen Stalinparteien, sich die weitere Zersetzung nun in schärferem Tempo den Weg bahnen. Das nationalistische Gift, von der Kremlbürokratie in die einzelnen Stalinparteien getragen, beginnt nun, gegen den Kreml selbst zu wirken.

Tito mit Trotzki, mit dem Trotzkiismus in Zusammenhang zu bringen, ist nur eines der gewohnten Fälscherkunststücke des Kreml. Tito hat mit Trotzki, mit dem Trotzkiismus gar nichts zu tun, wie wir oben hinlänglich zeigten. Trotzki war proletarischer Revolutionär, der standhafte Verfechter der internationalen Revolution, der die verbrecherische Politik und die abgefeymten Methoden der Kremlbürokratie bis zu Ende bekämpfte und von den Stalin & Co. eben deshalb ermordet wurde, wie andere tausende proletarische Revolutionäre. Trotzki war kein Bürokrat; er war der unversöhnliche Feind der entarteten Bürokratie, war proletarischer Internationalist.

Tito ist nach wie vor ein entarteter Bürokrat, ein Miniaturstalin, nur auf kapitalistischem Boden. Er ist heute allerdings ein oppositioneller Bürokrat. Dennoch trennt ihn ein Abgrund von Trotzki, der Abgrund, der zwischen bürokratischem Verbrechen und proletarischer Revolution liegt!

Aber Tito ist der erste Stalinbürokrat, der der Kremlbürokratie einen Machtapparat entgegensetzt. Seine Opposition ist nicht so leicht abzuwürgen, wie die anderer oppositioneller Bürokraten vor ihm. Er hat seine Garde, seine Armee, die ihn ebenso getreulich bewacht, wie

ihn die GPU zu vernichten sucht. Das gibt dem Konflikt einen viel langwierigeren Charakter als allen vorhergehenden.

Noch ein wichtiger Umstand unterscheidet den Tito-Konflikt von allen vorhergehenden. Tito stützt sich auf einen breiten Anhang vor allem in der jugoslawischen Stalinpartei. Die Kominform hat sicherlich erst zum offenen Bruch gegriffen, als ihre Bemühungen, sich innerhalb der jugoslawischen Stalinpartei einen ernststen Anhang zu schaffen, mißlingen. Das aber bedeutet, daß die heutige Krise das erstmal breite Schichten der den Stalinisten folgenden Arbeiter erfassen wird. Es wird für ihr weiteres Vorwärtsgen an Anstößen nicht mangeln. Noch verläuft heute dieser Prozeß auf der Linie des Nationalismus, wie die Spaltung der Triester Stalinpartei zeigt. Aber er wird vorwärtsgen und unvermeidlich die ernststen kritischen Arbeiterkommunisten zum Internationalismus zurückführen. Sie werden weder den Imperialisten, noch ihren SP-Agenten, den Oskar Pollaks & Co., in die Arme laufen. Sie müssen zur IV. Internationale stoßen.

Titos Schlag gegen die Autorität des Kreml, gegen die Kominform wird noch seine Folgen zeitigen, Folgen, die weder Tito noch Stalin gewollt haben. Der Stein ist ins Rollen gekommen. Heute frondiert bereits die Schweizer Stalinpartei. Morgen werden es weitere sein. Auch dort, wo die Bürokratie es verstehen wird, die innere Krise auf ihre Weise zu lösen, sie nicht nach außen dringen zu lassen, werden sich die ernststen Arbeiterkommunisten besinnen und zu denken beginnen. Sie werden nicht länger Spielball in der Hand der schmarotzerischen Interessen von Bürokraten sein wollen. Sie werden den Weg zur Revolution suchen, den Weg des proletarischen Internationalismus. Alle Ereignisse stoßen sie heute schon auf diesen Weg. Die Tito-Krise ist eines der wichtigsten darunter.

Aber die Tito-Krise kann vielleicht noch ein wichtiger Anstoß sein. Sie kann Schrittmacher zum offenen Ausbruch der Krise des Stalinregimes in Rußland selbst sein. Titos Widerstand gegen den Kreml wird zweifellos Wiederhall finden, heute vor allem in den oppositionellen Schichten der Bürokratie in Rußland selbst. Die inneren Gegensätze in der Sowjetunion sind ungeheuer angespannt. Nur der bleierne Deckel der Diktatur hält sie nieder. Aber die Gegensätze bahnen sich ihren Weg. Die Bürokratie selbst ist zerspalten. Selbst innerhalb der bürokratischen Spitze herrschen heftige Gegensätze. Die Massen können ihrer Opposition vorläufig keinen organisierten Ausdruck geben, niedergehalten durch das Polizeiregime. Aber auch ihre Opposition wird sich den Weg bahnen. Die erste Etappe wird zweifellos ihr Anschluß an eine Opposition innerhalb der Bürokratie sein. Der interne Streit der bürokratischen Fraktionen wird erster Sammelpunkt für eine organisierte Massenopposition sein, Trotzki hat dies vor langen Jahren ausgesprochen. Die Tito-Krise wird die oppositionellen Tendenzen innerhalb der russischen Bürokratie stärken, ihre Zersetzung beschleunigen. Ein Sandkorn kann die Lawine ins Gleiten bringen. Das russische Proletariat hat die Aufgabe, den revolutionären Sturz der Kremlbürokratie herbeizuführen, an die Stelle des bürokratischen Terrorregimes wieder die Leninsche Rätedemokratie zu setzen, Rußland wieder zu dem zu machen, was es zur Zeit Lenin-Trotzkis gewesen ist, zur revolutionären Hoffnung des Weltproletariats, Stützpunkt in seinem Weltbefreiungskampf. Die Geschichte wird lehren, welche Rolle die Tito-Krise in der Beschleunigung der proletarischen Lösung in Rußland gespielt hat. Sie bedient sich oft untauglicher Figuren und geht verschlungene Wege. Die Titokrise hat die innere Fäulnis der Bürokratie noch einmal und scharf beleuchtet. Dies kann und wird nicht ohne Wirkung bleiben. Die Endkrise des Stalinismus hat begonnen. Das Proletariat darf die Lösung nicht der Bourgeoisie, dem Imperialismus überlassen. Es muß seine proletarische, revolutionäre Lösung durchführen.

N u r d i e I V . I n t e r n a t i o n a l e
w e i s t z u i h r d e n W e g !

GEGEN DEN "ZWEITEN MARKT" - FÜR DIE ARBEITERKONTROLLE!

Der "Österreichische Wirtschaftsbund", diese Zitate der Bourgeoisie, führte in der Woche vom 28. Juni bis 3. Juli in Wien eine "Volksbefragung" über die Einführung eines "zweiten Marktes" durch.

Wie sich die österreichische Bourgeoisie sanierte

Die österreichische Bourgeoisie führt seit dem Kriegsende eine ununterbrochene Offensive für den Wiederaufbau ihrer Produktionsmittel und ihres Profits. Zuerst wurden der aus der Nazizeit stammende Preisstop und die strenge Bewirtschaftung der Konsumgüter durchlöchert. Das Proletariat reagierte darauf mit einer Reihe von Streiks und Lohnbewegungen. Es wehrte sich gegen die gleitende Senkung des Reallohnes. Die erzielten Lohnaufbesserungen hinkten jedoch stets den Preissteigerungen nach und erreichten sie nie.

Der Lohn-Preis-Pakt vom August 1947 eröffnete die zweite Etappe des Raubfeldzuges. Er sollte der "Stabilisierung der Wirtschaft" und der "Verhinderung einer inflationistischen Entwicklung" dienen. Selbstverständlich auf Kosten der Arbeiter. Der Pakt hatte nämlich zur Folge, daß die Löhne gestoppt blieben, die Preise aber weiter stiegen und die Bewirtschaftung der Massen-Verbrauchsartikel weiter durchbrochen wurde. Aber die Bourgeoisie war mit dieser Stabilisierung und Steigerung der Ausbeutung noch lange nicht zufrieden.

Im Dezember 1947 folgte die dritte Etappe ihrer Sanierung in Gestalt der "Währungsreform". Die vom hungernden und darbenenden Proletariat seit 1945 regenerierten und neugeschaffenen Werte hat sich die Bourgeoisie dank ihrer Staatsmacht teils als Kapital und teils als Profit angeeignet. Um mit dem so wiederaufgebauten Produktionsapparat gewinnbringend produzieren zu können, war es notwendig, die schwindsüchtige Währung zu beseitigen. Auch bei dieser "Währungsreform" mußten die Massen die Zeche zahlen.

Inzwischen schuf sich die Kapitalistenklasse die Möglichkeit, ihre Profite nicht nur in "Alpendollars", sondern auch in Edelvaluta umzuwandeln. Sie sabotierte die staatliche Exportausgleichskasse, mittels der die Exporterlöse teilweise für die Verbilligung der importierten Lebensmittel verwendet werden sollten, so lange - bis sie aufgelöst wurde. Der Erfolg war, daß das alleinige Verfügungsrecht der Kapitalisten über die wachsenden österreichischen Auslandskonti unangetastet blieb.

Die jüngste Etappe

Der kapitalistische Vielfraß kann nie satt werden. So ging er zur vierten Etappe seiner Rauboffensive über: Legalisierung eines "zweiten Marktes". Dieser soll die "freie Preisbildung", das "freie Spiel von Angebot und Nachfrage" verwirklichen und damit den "Wiederaufbau" abschließen.

Das Finanzkapital ist an der "freien Wirtschaft" besonders interessiert. Es geht jetzt (nach dem unerbittlichen Gesetz des Kapitals) zum Angriff auf das Kleingewerbe und auf die kapitalistischen Kleinbetriebe, die in den Notjahren seit Kriegsende gut verdienten, über. Das, was es mit "freier Wirtschaft" bezeichnet, ist nichts anderes als der freie Kampf der großen Kapitalshyänen gegen ihre kapitalsschwächeren Konkurrenten. Was hier Freiheit genannt wird, ist - Monopol, Kartell, Preisdiktat, Betriebsstilllegung, Arbeitslosigkeit.

Der eigentliche Auftraggeber ist das internationale Finanzkapital unter Führung der Wall Street. Dieses ist vor allem am "freien Markt", d.h. an der Beherrschung des Weltmarktes durch seine Monopole interessiert. Der Marshall-Plan soll als Hebel dazu dienen.

Die Handelsbourgeoisie hat ebenfalls ein großes Interesse am "zweiten Markt". Sie will nun endlich den Schwarzhandel beerben, bzw. legal ausüben. Ihr geht es selbstverständlich nicht darum, daß der Konsument die "nicht rationierten Güter zu billigeren Preisen und in kleineren Mengen gefahrlos kaufen kann". Das ist schon seit längerem bei jedem Greißler möglich. In Salzburg und Tirol wird der "graue Markt" sogar schon praktiziert. Er soll dem, der zahlungskräftig ist, den Markt öffnen. Für die Massen bedeutet dies: Zusammenbruch der Bewirtschaftung der Konsumgüter, Erhöhung der Durchschnittspreise und damit radikale Senkung des Reallohnes!

Sind SP und Stalinpartei gegen den "grauen Markt"?

Die letzte Ursache des Gelingens des Sanierungsplanes der Bourgeoisie ist die Verratspolitik von SP, Stalinpartei und Gewerkschaftsspitzen. Nur mit ihrer Hilfe konnte es der Bourgeoisie gelingen, die Kosten ihres verlorenen Krieges etappenweise auf die Massen abzuwälzen.

1945 begann sie damit sehr vorsichtig. Sie sprach vom "gemeinsamen Wiederaufbau der geliebten Heimat" und "mit Tränen in den Augen" dankte, wie ein junger Arbeiter in der "Stimme der Jugend" berichtete, ein "Betriebsführer" seinen Arbeitern, die bereit waren, ohne Lohn seine Maschinen aus dem Schutt auszugraben. Aber das änderte sich bald. Die Arbeiter machten je länger desto schneller die Erfahrung, daß sie nicht ihre Fabriken und ihren Staat, wie es ihnen SP und Stalinpartei immer wieder einredeten, aufbauten, sondern die Fabriken und den Staat der Kapitalisten, daß, während sie mit 1000 Kalorien im Tag und einem Bettel als Lohn am "Wiederaufbau" schufteten, die Kapitalisten und besonders die Groß- und Mittelbauern fette Profite einheimsten. Im Frühjahr 1946 war die Geduld der Arbeiter zu Ende. Sie begannen zu streiken. Aber SP, Stalinpartei und Gewerkschaftsspitzen stellten sich im Interesse des "Wiederaufbaus", im Interesse der Koalitionspolitik, im Interesse ihrer eigensüchtigen bürokratischen Politik dem Kampf der Arbeiter entgegen. Sie vertrösteten sie auf später, auf die "sozialen Reformen", die sie durchzuführen beabsichtigten, auf das Betriebsrätegesetz, Urlaubsgesetz usw. Soweit die Stalinpartei die Arbeiter in ihrem Kampfe "unterstützte", so niemals, um deren Existenzbedingungen dauernd zu verbessern, also letzten Endes, um sie zum Klassenkampf gegen die Bourgeoisie bis zu deren Sturz zu führen, sondern nur, um ihre Kampfkraft im Interesse der Außenpolitik der Krenklclique auszunützen.

Anfang 1948, nach der "Währungsreform" war der "Wiederaufbau" endlich so weit, daß die Bourgeoisie mit der profitablen Produktion im größeren Maßstab beginnen konnte. Ein immer größerer Warenstrom ergießt sich aus den Produktionsstätten. Das größte Hindernis zu seiner weiteren Ausweitung ist die gesunkene Kaufkraft der Massen. "Die Löhne müssen hinauf", sagt die Stalinpartei. "Die Preise müssen herunter", sagen SP und Gewerkschaftsführung. Und die Bourgeoisie, was sagt die? Deren Sprache hat sich seit 1945 gründlich gewandelt. Die Tage des "gemeinsamen Kampfes um den Wiederaufbau" sind vorbei. Für die Kapitalisten sind das größte Hindernis für dessen weitere Fortschritte die "hohen Löhne", die "sozialen Lasten", die "egoistischen Interessen der Arbeiter" und die "zu niedrigen Preise für die landwirtschaftlichen Produkte".

In der Argumentation der SP/Gewerkschaftsführung und der Bourgeoisie zeigen sich Gegensätze, die nur durch den Gang des Klassenkampfes entschieden werden können. Aber für die SP-Bürokratie gibt

es keine unüberbrückbaren Gegensätze. Die aufgeworfene Frage ist für sie keine Frage, für die man die Kampfkraft der Massen in die Waagschale werfen muß. Das ist zu gefährlich, diese Frage kann man auch im Rahmen der Koalitionspolitik "beilegen". Diese Packelei fällt der SP-Bürokratie in den letzten Monaten umso leichter, als sie die Opposition der Stalinpartei immer weniger fürchten muß. Diese ist dabei, sich durch ihre kompromittierende Politik den letzten Boden in den Massen selbst abzugraben.

Das Ergebnis dieser Packelei ist: Die Bourgeoisie stimmt zu, die Frage des Mieterschutzes auf zwei Jahre, also bis nach den nächsten Wahlen hinauszuschieben - die SP gibt als Gegenleistung ihre Zustimmung zur Erhöhung der Preise der landwirtschaftlichen Produkte. Da die SP offiziell für die Herabsetzung der Preise eintritt, so muß sie diese Preiserhöhung, die Massen dabei betrügend, in verhüllter Form vornehmen. Die erhöhten Preise werden nämlich von den Konsumenten nicht direkt bezahlt, sondern vom Staat "gestützt", d.h. indirekt hereingebracht. Die SP/Gewerkschaftsbürokratie argumentiert offiziell, vor den Massen gegen den "grauen Markt" und hilft ihn der Bourgeoisie durch ein Hintertürl einzuführen. Das ist das Ergebnis der Koalitionspolitik.

Die Opposition der Stalinpartei gegen den "zweiten Markt" nimmt niemand ernst, ja sie liefert durch ihre Demagogie der Bourgeoisie sogar die besten Argumente. Ist sie doch in den letzten Jahren nicht müde geworden, die Segnungen des "grauen Marktes" in der SU und in den "Volksdemokratien" immer wieder als mustergültig und als nachahmenswert für Österreich hinzustellen.

Für die Arbeiterkontrolle!

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben der Arbeiterklasse gezeigt, daß sie sich in ihrem Kampfe für die Durchsetzung ihrer Interessen gegen die Bourgeoisie weder auf SP, Stalinpartei, noch Gewerkschaftsspitzen verlassen kann. Der "Kampf" der SP im Rahmen der Koalitionspolitik, den die Stalinpartei bis zum Herbst 1947 offiziell mitmachte und dem sie seither von "links" die Mauer macht, hat zum Ergebnis, daß die Bourgeoisie immer stärker und frecher wird, daß die Existenzbedingungen, der Reallohn und der politische Einfluß der Arbeitermassen immer tiefer sinken.

Die Frage des "zweiten Marktes" ist nur die allerletzte Etappe in dem Sanierungsfeldzug der Bourgeoisie. Die SP hat sich darüber mit der Bourgeoisie geeinigt, auf Kosten der Massen. Daß sie dieses Zugeständnis an die Bourgeoisie nicht offen machen konnte, sondern nur verschleierte, und gleichzeitig einen offiziellen Scheinkampf gegen den "zweiten Markt" führen muß, beweist ihre Abhängigkeit von den Massen. Ihre Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie hat eben nur dann für diese und sie selbst Sinn, wenn sie dabei die Gefolgschaft der Massen nicht verliert.

Hier muß die Arbeit der Internationalen Kommunisten und mit ihnen aller anderen fortgeschrittenen Arbeiter einsetzen. Die Arbeiterklasse muß selbstverständlich gegen den "zweiten Markt" sein und SP, Stalinpartei und Gewerkschaften, die vorgeben, ebenfalls gegen dessen Einführung zu sein, in ihrem "Kampfe" dagegen beim Worte nehmen. Beim Worte nehmen heißt, die von der traditionellen Führung der Arbeiter zugegebenen Notwendigkeit des Kampfes für diese Frage aufgreifen und gleichzeitig, an Hand der Erfahrungen, die Unzulänglichkeit des Kampfes, wie ihn die Opportunisten verstehen, aufzeigen.

Der Kampf gegen den "zweiten Markt" ist nur ein Teil des Kampfes um die Erhöhung des Realeinkommens der Arbeitermassen. Er darf also nicht isoliert geführt werden und sich auf das Schreiben von "gelehrten" Artikeln und Kommentaren von "Fach"leuten beschränken. Er wird

nur dann von Erfolg sein, wenn er auf der Linie des Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie und mit Mitteln und Losungen geführt wird, die sich letzten Endes gegen die Klassenherrschaft der Bourgeoisie richten.

Es ist eine Tatsache, die Kontrolle der Bewirtschaftung und der Verteilung der Produkte durch den kapitalistischen Staatsapparat hat die Kapitalisten und Großbauern nicht gehindert, fette Profite am "schwarzen Markt" einzuheimsen - letzten Endes auf Kosten der Massen. Die Arbeiter dürfen keinen Augenblick daran glauben, daß der kapitalistische Staatsapparat in ihrem Interesse handelt. Sie müssen daher in diesem Zusammenhang die Forderung nach der

Kontrolle der Produktion und der Verteilung durch die Arbeiter und die Gewerkschaften

und

Errichtung von Aufbringungs- und Verteilungsausschüssen unter der Kontrolle der Arbeiter in Verbindung mit den landarmen Bauern

aufstellen.

Diese Losungen müssen von der Arbeiterklasse mit der Forderung nach der

proletarischen Kampfeinheitsfront gegen die kapitalistische Rauboffensive

verbunden werden. Nur der einheitliche außerparlamentarische Kampf der Arbeitermassen kann letzten Endes die Sanierungsoffensive der Bourgeoisie zum halten bringen. An die Stelle der Sanierung der Bourgeoisie muß die Hebung des Lebensstandards der Massen treten.

=====

In der Reihe unserer Publikationen sind bisher erschienen:

"DIE VERRATENE REVOLUTION", von Leo Trotzki

"NUR DIE SIEGREICHEN SOZIALISTISCHEN REVOLUTIONEN KÖNNEN DEN DRIT-
TEN WELTKRIEG VERHINDERN!", Manifest der IV. Internationale vom
April 1946

"DIE TODESAGONIE DES KAPITALISMUS UND DIE AUFGABEN DER IV. INTER-
NATIONALE", Übergangsprogramm vom September 1938

"DER MARXISMUS UND UNSERE EPOCHE", von Leo Trotzki (1939)

Die wichtigsten Beschlüsse der ersten vier Kongresse der Komintern
(1919 - 1922)

1. Teil: Grundaufgaben und Staatsfrage
2. Teil: Parteifrage
3. und 4. Teil ist in Vorbereitung

=====

Redaktionschluß: 7.7.1948